

# WIE VIELE FAHRRADABSTELLPLÄTZE SIND MINDESTENS GEFORDERT? ÜBERSICHT NACH BUNDESLÄNDERN:

Bundesland	Landesbauordnung (LBO)	Paragraph §	§ Paragraph
Baden-Württemberg	LBO BW	§35 (4), §37 (1)	<p>§35 (4) Für jede Wohnung sind zwei geeignete wettergeschützte <b>Fahrrad-Stellplätze</b> herzustellen (notwendige <b>Fahrrad-Stellplätze</b>), es sei denn, diese sind nach Art, Größe oder Lage der Wohnung nicht oder nicht in dieser Anzahl erforderlich. In Gebäuden mit mehr als zwei Wohnungen müssen zur gemeinschaftlichen Benutzung zur Verfügung stehen</p> <p>§37 (1) Bei der Errichtung von Gebäuden mit Wohnungen ist für jede Wohnung ein geeigneter Stellplatz für Kraftfahrzeuge herzustellen (notwendiger Kfz-Stellplatz). Bei der Errichtung sonstiger baulicher Anlagen und anderer Anlagen, bei denen ein Zu- und Abfahrtsverkehr zu erwarten ist, sind notwendige Kfz-Stellplätze in solcher Zahl herzustellen, dass sie für die ordnungsgemäße Nutzung der Anlagen unter Berücksichtigung des öffentlichen Personennahverkehrs ausreichen. Statt notwendiger Kfz-Stellplätze ist die Herstellung notwendiger Garagen zulässig; nach Maßgabe des Absatzes 8 können Garagen auch verlangt werden. Bis zu einem Viertel der notwendigen Kfz-Stellplätze nach Satz 2 kann durch die Schaffung von <b>Fahrrad-Stellplätzen</b> ersetzt werden. Dabei sind für einen Kfz-Stellplatz vier <b>Fahrrad-Stellplätze</b> herzustellen; eine Anrechnung der so geschaffenen <b>Fahrrad-Stellplätze</b> auf die Verpflichtung nach Absatz 2 erfolgt nicht.</p>
Bayern	BayBO	Art. 46 (2), Art. 81 (1.4)	<p>Art. 46 (2) Für Gebäude der Gebäudeklassen 3 bis 5 sind für jede Wohnung ein ausreichend großer Abstellraum und, soweit die Wohnungen nicht nur zu ebener Erde liegen, leicht erreichbare und gut zugängliche Abstellräume für Kinderwagen, <b>Fahrräder</b> und Mobilitätshilfen erforderlich.</p> <p>Art. 81 (1) Die Gemeinden können durch Satzung im eigenen Wirkungskreis örtliche Bauvorschriften erlassen</p> <p>4. über Zahl, Größe und Beschaffenheit der Stellplätze für Kraftfahrzeuge und der Abstellplätze für <b>Fahrräder</b>, einschließlich des Mehrbedarfs bei Änderungen und Nutzungsänderungen der Anlagen sowie die Ablösung der Herstellungspflicht und die Höhe der Ablösungsbeträge, die nach Art der Nutzung und Lage der Anlage unterschiedlich geregelt werden kann.</p>
Berlin	BauO Bln	§48 (2), §49 (2, 3)	<p>§48 (2) <sup>1</sup>In Wohngebäuden der Gebäudeklassen 3 bis 5 sind</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. von den öffentlichen Verkehrsflächen und von barrierefreien Wohnungen nach § 50 Absatz 1 aus barrierefrei erreichbare und nutzbare Abstellräume für Rollstühle, Rollatoren, Kinderwagen und <b>Fahrräder</b> in ausreichender Größe und</li> <li>2. für jede Wohnung ein ausreichend großer Abstellraum herzustellen. <sup>2</sup>Abstellräume nach Nummer 1 dürfen auch außerhalb des Gebäudes in zumutbarer Entfernung auf dem Baugrundstück hergestellt werden.</li> </ol> <p>§49 (2) <sup>1</sup>Bei der Errichtung von baulichen Anlagen, die <b>Fahrradverkehr</b> erwarten lassen, sind Abstellplätze für <b>Fahrräder</b> in ausreichender Anzahl und Größe herzustellen. <sup>2</sup>Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend. <sup>3</sup>Die Abstellplätze sind auf dem Baugrundstück oder auf den davor gelegenen öffentlichen Flächen zu schaffen.</p> <p>(3) <sup>1</sup>Die Herstellung der Abstellplätze für <b>Fahrräder</b> nach Absatz 2 darf auch durch Zahlung eines Ablösebetrages vor Baubeginn erfüllt werden. <sup>2</sup>Die für das Bauwesen zuständige Senatsverwaltung erlässt durch Rechtsverordnung Vorschriften über die Höhe der Ablösebeträge. <sup>3</sup>Die Ablösebeträge dürfen 90 Prozent der durchschnittlichen Herstellungskosten unter Berücksichtigung anteiliger Grundstücksflächen nicht übersteigen. <sup>4</sup>Die Ablösebeträge sind ausschließlich für den Bau von <b>Fahrradabstellplätzen</b> im Bereich von öffentlichen Verkehrsflächen oder anderen geeigneten Grundstücksflächen zu verwenden.</p>
Brandenburg	BbgBO	§41 (5), §43 (7), §81 (5)	<p>§41 (5) Wohngebäude müssen über einen leicht erreichbaren und gut zugänglichen Abstellraum für Kinderwagen, Rollstühle und <b>Fahrräder</b> sowie über leicht erreichbare und wettergeschützte Abstellplätze für <b>Fahrräder</b> verfügen. Dies gilt nicht für Wohngebäude geringer Höhe.</p> <p>§43 (7) Für Abstellplätze für <b>Fahrräder</b> gelten die Absätze 1, 2 und 6 entsprechend.</p> <p>§81 (5) Die Gemeinde kann örtliche Bauvorschriften über notwendige <b>Fahrradabstellplätze</b> erlassen. Sie kann dabei die Zahl der erforderlichen <b>Fahrradabstellplätze</b> nach Art und Maß der Nutzung festsetzen, die Größe, die Lage und die Ausstattung dieser Abstellplätze festlegen.</p>